

Klagenfurt  15.5°C Morgen überwiegend sonnig

Mi | 04.05.2011



"Neuerliche Emotionalisierung" droht

Die Mitglieder der Konsensgruppe stehen einer Ortstafel-Volksbefragung "überaus kritisch" gegenüber. In einer Aussendung warnen sie vor einer "neuerlichen Emotionalisierung".

Für verstärkte Vertrauensbildung

"Der bundesweit und auch international breit gewürdigte Ortstafelkompromiss darf nicht durch eine Volksbefragung mit ihren nicht kalkulierbaren Risiken entwertet werden", so die Konsensgruppe. Und weiter: "Ein zu befürchtender 'Wahlkampf' von engagierten Gegengruppierungen würde eine neuerliche, dem friedlichen Miteinander zuwiderlaufende Emotionalisierung bewirken." Die kolportierten Kosten von 400.000 Euro könnten "weitaus effizienter zur verstärkten Vertrauensbildung" in den betroffenen Gemeinden eingesetzt werden.

ÖSTERREICH NEWS

KÄRNTEN NEWS

VOLKSGRUPPEN

AKTUELL

FERNSEHPROGRAMM

RADIOPROGRAMM

VERANSTALTUNGEN

AUSSTELLUNGEN

KONTAKT

RADIO LIVE

TV ON DEMAND

RADIO ON DEMAND

Freitag, 6. Mai 2011 - ÖSTERREICH

ORF

16

KÄRNTEN

Das „Ortstafel-Gesetz“ soll laut Bundeskanzleramt bis Ende September in Kraft treten

Bilinguale Ortstafeln bereits im September

Die Ortstafellösung steht, an der Volksbefragung gibt es aber weiterhin Kritik.

Kärnten. Nach der Verkündung des beschlossenen Ortstafelkompromisses nimmt dieser immer mehr Form an. Die Volksbefragung ausgeklammert, sind sich alle Interessensparteien über die Inhalte des Kompromisses einig. Geht also beim zu beschließenden Gesetz alles in Ordnung, könnten die ersten neuen zweisprachigen Ortstafeln bereits Ende September, beziehungsweise Anfang Oktober in Kärnten aufgestellt



LH Gerhard Dörfler und Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ).

werden. **Fix.** So ist laut Bundeskanzleramt der Fristenlauf für das neue Gesetz fix. Der Gesetzesentwurf soll dem-

nach bis spätestens 15. Juni dem Ministerrat vorgelegt werden. In der Nationalrats-sitzung vom 6. bis 8. Juli soll das Gesetz schließlich

beschlossen werden. Nur knapp zwei Wochen später, am 21. Juli, ist dann der Bundesrat an der Reihe. Das Gesetz soll dann bis Ende September in Kraft treten.

Kritik. Indes gärt die Diskussion rund um die Volksbefragung weiter. In einer aktuellen Reaktion hat sich auch die Konsensgruppe gegen eine Befragung ausgesprochen. „Die kolportierten Kosten von 400.000 Euro würden zur Finanzierung von gemeinsamen Informations- und Kulturveranstaltungen weitaus effizienter eingesetzt werden“, so die Konsensgruppe.

eher Berichte aus Ihrer Region lesen Sie im Internet auf www.oe24.at

APA/Heimut Fohringer